

DEMOKRATISCHER KAMPF

Zeitung des Fachschafftsrats
Erziehungswissenschaft

UNSER KAMPF GEGEN DIE LPO

Inhalt:

KSV-Stellungnahme zum Kampf gegen die LPO	S. 2
SSB-Stellungnahme zum Kampf gegen die LPO	S. 5
Briefwechsel zwischen Jepsen und Monika Kempe	S. 8
Beruft Karam Khella	S. 10
FBR benutzt Berufungsverfahren als Mittel der polit. Disziplinierung	S. 10

Diplompädagogen-AG, Korrespondenz	S. 11
Offener Brief der Elternrate Altona	S. 12
Ausarbeitung der Studienordnung in den Gremien	S. 13
Romanisten: Kampf gegen die Studienordnung	S. 15
LPO bei den Biologen	S. 16
Keine Schulversuche mehr?	S. 18

KSV: JETZT DEN KAMPF GEGEN DIE LPO ORGANISIEREN — DIE POLITISCHE AUSEINAN- DERSETZUNG OFFENSIV FÜHREN!

Im Oktober soll die neue LPO in Kraft treten, eine Prüfungsordnung, die durch und durch reaktionär ist und in keinem Punkt den Interessen des Volkes entspricht. Wir sollen zu Lehrern ausgebildet werden, die vorher durch Druck in Seminaren und Prüfungen derart eingeschüchtert werden, daß sie später in der Schule aus Angst vor Berufsverbot schön die Klappe halten und die Kinder im Sinne der bürgerlichen Ideologie erziehen. Auf die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" eingeschworen, dürfen wir den "sozialen Rechtsstaat" loben - wer die Klassenwirklichkeit in die Schule trägt, wer den Kindern die Wahrheit sagt, wird gefeuert.

Schon heute findet die Vorwegnahme der LPO statt. Nicht in den einzelnen Seminaren allein durch Teilnahmebeschränkungen, Anwesenheitslisten, Einschränkung der Diskussionsfreiheit und Gruppenarbeiten - die Bourgeoisie setzt auch gerade an

den Punkten an, wo sie uns am schwächsten wähnt, wo sie glaubt, uns am ehesten spalten zu können. Für die Sonderschullehrer gilt die neue LPO schon seit Februar, den Gewerbelehren wurde eine Studienordnung aufgezwungen, von der vorher nicht einmal Dozenten, geschweige denn Studenten informiert waren. Den Anfangssemestern wurde in der Studienberatung "empfohlen", schon nach der neuen LPO zu studieren, ansonsten hätten sie mit Benachteiligung bei der Zulassung zum Studienseminar und später bei der Besoldung zu rechnen.

Besonders scharf sind auch die Diplompädagogen betroffen, für die jahrelang keine PO existierte, und die jetzt froh sein sollen, eine zu haben, auch wenn sie eine Verschärfung der LPO darstellt.

Am massivsten sehen wir die Angriffe der Bourgeoisie bei den Examenkandidaten. Durch die Einführung von Zweitgutachten und der damit

PI-VV

20.6. - Audi-Max - 14⁰⁰

TO:

- 1) Kampf gegen LPO u. HRG
- 2) - mainzer Kongreß
- Berufsverbote
- Unvereinbarkeitsbeschl.

verbundenen Gesinnungsschnüffelei in den Prüfungen sollen diese Kommilitonen, die sowieso schon unter Druck stehen, noch weiter eingeschüchtert werden. Wie ein Damoklesschwert schwebt über allen der NC am Studienseminar.

Die gesamte LPO läuft auf Drill und Paukerei hinaus, freie Meinungsäußerung soll unterbunden, politische Betätigung unmöglich gemacht werden.

Wir wollen nicht zu Duckmäusern und kritiklosen Lehrern werden, die wiederum nur Kinder erziehen, die zufrieden sind mit dieser Gesellschaftsordnung und nicht befähigt werden, den Kampf dagegen aufzunehmen.

Wir müssen uns gegen eine solche Ausbildung wehren, unser Ziel muß es sein, diese reaktionäre und volksfeindliche LPO vollständig wegzukämpfen.

Das kann uns nur gelingen, wenn wir uns zusammenschließen und nicht spalten lassen. D.h. wir dürfen nicht nur vereinzelt in den Seminaren gegen reaktionäre Maßnahmen kämpfen und uns so in Einzelaktivitäten verzetteln, sondern müssen den Zusammenhang sehen, die Hauptangriffe der Bourgeoisie erkennen und dort unsere Kräfte konzentrieren:

Dreh- und Angelpunkt der reaktionären Ausrichtung des Lehrerstudiums ist das Examen. Die Überlegungen der Bourgeoisie sind dabei folgende: Wer damit rechnen muß, daß er sowohl bei der schriftlichen Arbeit durch Zweit- und Sondergutachten als auch bei der mündlichen Prüfung bei Einschränkung der Öffentlichkeit politischer Gesinnungsschnüffelei ausgesetzt ist, der wird den Weg des geringsten Widerstandes gehen und sein ganzes Studium danach ausrichten.

Wir müssen der Bourgeoisie einen Strich durch diese Rechnung machen, wir müssen den Kampf gegen die besonderen Repressionen gegenüber den Examenkandidaten jetzt zu unserem wirksamsten Mittel im Kampf

gegen die LPO machen und dabei die Spaltung der PI-Studenten in jüngere, ältere und Examensemester überwinden; d.h. der FSR hat jetzt die Aufgabe, im Zusammenschluß mit der Examensgruppe die PI-Studenten zu mobilisieren, um in ein igen mündlichen Prüfungen exemplarisch die Öffentlichkeit herzustellen. Mehrere Kommilitonen haben bereits ihr Einverständnis dazu erklärt.

Das exemplarische Herstellen der Öffentlichkeit in den Prüfungen hat nichts mit Aktionismus zu tun, sondern entspricht jetzt unseren Kräften und ist geeignet, mehr Studenten in den Kampf einzubeziehen, aus den Erfahrungen zu lernen und den Kampf auf einer höheren Stufe fortzusetzen.

Öffentlichkeit in den Prüfungen herzustellen ist nicht nur unser Recht, wir müssen es als eine Kampfaufgabe begreifen, auch an diesem Punkt der Gesinnungsschnüffelei und politischen Disziplinierung entgegenzutreten.

Jene reaktionären Maßnahmen gewinnen ihre besondere Bedeutung vor dem Hintergrund des NC am Studienseminar.

An dieser Front den Kampf aufzunehmen, heißt nicht nur, gegen die eigene politische Unterdrückung zu kämpfen, sondern an diesem Punkt konkret in die Tat umzusetzen, was den Interessen des Volkes dient, nämlich dafür zu sorgen, daß alle Lehrerstudenten ihre Ausbildung fortsetzen und beenden können, damit der katastrophale Lehrermangel nicht noch weiter verschärft wird.

Wir halten den Boykott des Studienseminars durch alle Examensabsolventen, unterstützt durch Kampfmaßnahmen sowohl am PI als auch am Studienseminar für das wirkungsvollste Kampfmittel.

Wir schlagen vor, daß die Bedingungen für eine erfolgreiche Durchführung des Boykotts auf der PI-VV und der Examenkandidaten-VV untersucht und geklärt werden. Eine unserer Maßnahmen, deren Organisation wir

jetzt schon in Angriff nehmen sollten, müßten Kampftage am PI sein.

Wir halten es für die Aufgabe des FSR, neben der Information, Aufklärung und Propaganda, neben der Unterstützung der Initiativgruppen - ausgehend von einer genauen Analyse der Situation, jetzt auch die notwendigen Kampfsschritte einzuleiten. Nur im Kampf werden wir Erfahrungen sammeln, die uns befähigen, langfristig Erfolge zu erreichen.

Die Aufgabe des FSR, die Aktions-einheit aller linken Studenten herzustellen erschöpft sich nicht in der Organisierung konkreter Kämpfe; er muß gleichzeitig die politische Auseinandersetzung über Weg und Ziel in den einzelnen Kämpfen, über die Perspektive der Studentenbewegung führen.

Wir sind der Ansicht, daß dieser Prozeß des ständigen ideologischen Kampfes nicht losgelöst oder neben den Kämpfen z.B. gegen die Zweitgutachten stattfindet, vielmehr in ihnen selbst sich abspielt. Deshalb brauchen wir keine Theorie-Kommission! Wir gehen aus von den Angriffen der Bourgeoisie, von den Erfah-

rungen der Kommilitonen in den Seminaren, von den Ansätzen der Organisierung, wie sie bestehen in den Initiativen und Aktionsgruppen. "Aktionseinheit oder Parteiladen" - diese Frage, aufgeworfen vom SSB, sieht den Zusammenhang von Klarheit und Einheit im gemeinsamen Kampf nicht. Wir versuchen, wo immer möglich, zu einem gemeinsamen Vorgehen möglichst vieler fortschrittlicher Organisationen und Kommilitonen zu gelangen. Aber damit verschwinden die prinzipiellen Differenzen, die auch in der Aktions-einheit bestehen, keineswegs. Den ideologischen Kampf führen wir um die Masse der Studenten, aber genauso auch um die bisher noch von den Zirkelvorstellungen des KB, KBW, SSB und SSG beeinflussten Mitgliedern und Sympathisanten, mit dem Ziel, Klarheit und Einheit auf höherer Stufe herzustellen.

Wir schlagen daher eine Podiumsdiskussion am 4.7. vor mit allen fortschrittlichen FSRs und Organisationen. THEMA: Perspektive unserer Arbeit unter den Studenten.

FÜR DIE AKTIONSEINHEIT ALLER LINKEN STUDENTEN!

INTERNATIONALE

BUCH-UND ZEITSCHRIFTENHANDLUNG

2000 Hamburg 13 · Hallerplatz 8 · Telefon (047) 44 42 65

Zweigniederlassung der INTERNATIONALE Buch-und Zeitschriftenhandlung Berlin

- SCHULKAMPF Zeitung des Kommunistischen Oberschülerverbandes DM 0.40
KÄMPFENDE JUGEND Zeitung des Kommunistischen Jugendverbandes DM 0.50
Programmwurf der KPD DM 1.- , Aktionsprogramm-Entwurf der KPD
Grundschulung des KOV DM 2.- , Dokumentation Berufsverbote DM 1.50
Lernen wir vom Kampf der Völker - Chile DM 2.-
Wissenschaft im Klassenkampf Nr 3/4 DM 7.- (Dokumente der Kongresse des KSV, p. Neumann : Hat sich die SED seit dem VIII. Parteitag gewandelt?)
Korrespondenzen Nr 1 DM 0.80 Zeitung des Komitee "Kampf den Berufsverbote für fortschrittliche und kommunistische Lehrer"
Rosenhofstraße Roman einer Hamburger Arbeiterstraße gegen den Faschismus
Oberbaum Verlag DM 8.50 Der rosaorte Strassenterror Roman über den Verrat der Österreichischen Sozialdemokratie an der österreichischen Arbeiterklasse
Oberbaum Verlag DM 9.50

SSB: GEGEN AKTIONISMUS UND KOMMENTATORENTUM

Die Arbeit im FSR war bisher bei seiner Unterstützung verschiedener Initiativen am Bereich immer sehr nahe daran, sich zu verzetteln. Dieser Zustand führte dazu, daß von einem unserer Genossen in der letzten Sitzung vor den Pfingstferien eine Initiative eingebracht wurde, die den Kampf gegen die Durchsetzung der LPO zum eindeutigen Schwerpunkt machen sollte. Da wir der Meinung waren, daß dieser Kampf sich nicht auf die notwendigen Massen der Studenten stützen kann, haben wir versucht, daraus für die nächste Zeit die notwendigen Schritte vorzuschlagen. Anlässlich dieser Vorschläge entwickelte sich eine Diskussion im FSR. Auf einige der Punkte, die in diesem Zusammenhang diskutiert wurden, wollen wir vorweg kurz eingehen:

Die KSV-Genossen im FSR sind der Ansicht, daß man der Gefahr der Verzettelung nur durch die Bestimmung von "Hauptkampffronten" entgegenwirken könne. Sie schätzen die Lage so ein, daß gegenwärtig versucht wird, Schwerpunktmäßig über das Examen die LPO durchzusetzen und daher dort unser Schwerpunkt zu liegen habe. Sie meinten auch, daß die subjektive Beweitschaft, in diesem Bereich den Kampf aufzunehmen, groß sei. Wir vertreten dagegen die Ansicht, daß die Verzettelung weniger ein Problem der Anzahl der Initiativen, die von uns unterstützt werden müssen, und damit also ein Problem der Beschränkung auf wenige Schwerpunkte ist, sondern ein Problem der Art, wie wir in diesen Initiativen mitarbeiten. Die Hauptschwäche der bisherigen Fachschaftsratsarbeit ist dabei die, daß eine wirkliche politische Zusammenfassung noch nicht geleistet wurde. Vielmehr "paßte" sich der Fachschaftsrat der bestehenden Zersplitterung "an". Daher meinen wir, daß es für den FSR darauf ankommt, die verschiedenen Initiativen bei der Entwicklung einer längerfristigen Perspektive zu unterstützen. Dies scheint uns bei dem Vorschlag des KSV unter den Tisch zu fallen.

Der KSV schlug nämlich als aktuellen Schwerpunkt vor:

- Öffentlichkeit der Prüfungen: Diese Forderung sollte nach den Vorstellungen des KSV eine der 'Hauptkampffronten' darstellen. Konkreter Vorschlag des KSV war, mit möglichst vielen Kommilitonen in einige Prüfungen zu gehen - vorausgesetzt, die Kandidaten sind damit einverstanden. Bei näherem Hinsehen ergab sich, daß kaum Kandidaten bekannt waren, die dazu bereit waren. Auch der KSV konnte mit Sicherheit nur eine Person angeben, die bereit war, Öffentlichkeit herzustellen. Deutlicher kann es gar nicht werden, welche Aufgaben hier anstehen, um tatsächlich Öffentlichkeit herzustellen: erst einmal selbst den Studenten - hier den Examenskandidaten - die Notwendigkeit öffentlicher Prüfungen klarzumachen. Es geht nicht um spektakuläre Aktionen, sondern darum, die Studenten für diese Forderungen zu mobilisieren. Das geschieht aber nicht dadurch, daß zwei Dutzend KSV-ler (oder SSB-ler) zum Prüfungsamt marschieren, wenn eine der 'ihrigen' die Öffentlichkeit herstellen will. Ähnliches gilt für den Kampf gegen den NC am Studienseminar. Bevor wir zu einem Boykott des Studienseminars aufrufen, wie es der KSV vorgeschlagen hat, kommt es darauf an, sich für diesen Boykott bei denjenigen eine Basis zu verschaffen, die den Streik auch tragen sollen. Auf einer VV der Betroffenen, für die wir zu mobilisieren hätten, kann man dann entscheiden, ob ein Boykott der richtige Schritt ist. Geht man nicht so vor, organisiert man in der Regel Mißerfolge, bei denen oft nicht mehr herauskommt als Resignation.

In den Diskussionen im FSR ging es darum, auf die nächsten Schritte und vor allem auf die Entwicklung einer längerfristigen Perspektive im Kampf gegen die LPO einzugehen. Die "konkreten" Schritte des KSV bringen keinen Schritt weiter, da sie nicht aus dem Gesamtangriff durch die LPO abgeleitet sind, und völlig beliebig bestehende Kämpfe als 'Hauptkampffronten' deklariert.

Um die Diskussion der nächsten Schritte und um die längerfristige Perspektive zu entwickeln, soll ein (etwas überarbeitetes) Papier, das auch im FSR von uns vorgelegt wurde, durch den Abdruck in dieser Zeitung möglichst vielen Kommilitonen zur Verfügung gestellt werden.

FSR-Mitglieder des SSB

Formierung im Ausbildungsbereich!

Seit Anfang der 70iger Jahre verfolgen die Kapitalisten im gesamten Bildungsbereich eine Politik der schrittweisen Rationalisierung und Formierung. Beispiele hierfür sind im Schulbereich die neuen Rahmenrichtlinien, die 'Schulmisere' allgemein (Lehrermangel, überfüllte Klassen), Verschärfung des 2. Bildungswegs (Aufnahmenbeschränkungen an Abendschulen z.B.!) In diese Maßnahmen reiht sich im Lehrerbereich -neben dem NC am Studienseminar- die LPO ein: Sie verfolgt mit Stufenlehrausbildung, Regelstudienzeit, Zweitgutachten usw. die Spaltung und Disziplinierung der Lehrer; weiter soll ein Teil der Lehrer zu offenen Arbeiterfeinden herangebildet werden. Die Durchsetzung der LPO bedeutet -im Zusammenhang mit den anderen Maßnahmen- daß es noch weniger Lehrer geben wird, die zudem noch schlechter ausgebildet werden: Die Zahl der Ärzte, Ingenieure usw. wird abnehmen. Die Bildungsmöglichkeiten vor allem für die Kinder der Werktätigen werden weiter eingeschränkt.

Reaktion der Betroffenen!

Diese Verschlechterung im Ausbildungsbereich ruft verschiedene Reaktionen bei den Betroffenen hervor. Während ein großer Teil noch in Passivität verharret, kommt es bei den Aktiveren unter Eltern, Schülern, Lehrern und Studenten zu einer Polarisierung: -vom Aufleben rechtsradikaler Gruppen, die diese Formierung aktiv unterstützen (etwa die JU an den Schulen!) über kleinbürgerliche Kräfte im sozialdemokratischen Lager der Sozialdemokratie, die die Verschlechterung im Bildungsbereich mit 'Forderungen an den Staat' und zugleich antikommunistischer Hetze 'bekämpfen' (etwa die AKK oder hier an der Uni MSB/SHB). bis hin zu Gruppen, die eine revol. Umgestaltung der Gesellschaft als Voraussetzung für grundlegende Änderungen im Bildungsbereich ansehen. Wir können dabei aber feststellen, daß erst ein relativ geringer Teil der Betroffenen dieser Bildungspolitik ohne Illusionen und konsequent entgegentritt.

Das ist auch an der Uni, auch am PI festzustellen. Die Wahl des KSV/SSB/Unorg.-FSR ist nicht so sehr Ausdruck einer klaren Zustimmung zu einer klaren Kampfperspektive, sondern gibt den Wunsch der Studenten wieder, einen einheitlichen Kampf führen zu wollen. Diese 'Wähler' sind allerdings politisch keineswegs 'vereinheitlicht', z.T. herrschen noch klar sozialdemokratische Illusionen vor. Auch die Initiativen am PI haben keine politisch klare Kampfperspektive entwickelt:

- Der Examensgruppe z. B. ist es u.E. bisher noch nicht gelungen über die Initiierung und Organisation einzelner Kampagnen (4-Wochen-Frist, Zweitgutachten, Öffentlichkeit der Prüfungen) hinaus eine klare Perspektive zu entwickeln; nach wie vor stützt sie sich weitgehend nur auf Examenkandidaten. Nach wie vor leistet die Examensgruppe, die eine der fortgeschrittensten Initiativen am PI darstellt, kaum eine Verbindung von Examensfragen und Bildungspolitik, beschränkt sich weitgehend "auf ihr Thema".
- Der Kampf um das integrierte Sozialpraktikum wird von den Kommilitonen seit Semestern isoliert als ein Kampf um eine 'praxisnahe' Ausbildung geführt. Dabei haben die Kommilitonen mit Behörde, Lehrkörper und Revis reichlich Erfahrungen sammeln können, ohne Charakter und Funktion dieser Gruppen zu begreifen.
- Die von der Öffentlichkeit so gut wie unbemerkt verabschiedeten Prüfungsordnungen (z.B. Handelslehrer) und der rel. unentwickelte Kampf der Dipl. Pädagogen zeigt, wo auch zentrale und umfassende Maßnahmen der Kapitalisten nicht insgesamt begriffen und gemeinsam bekämpft werden.
- Angesichts der Fülle von Einschränkungen in den Seminaren (Teilnehmerbeschränkungen, Anwesenheitslisten), die eine Vorwegnahme der LPO darstellen, ist es ein deutliches Zeichen des Standes des Bewußtseins der PI-Studenten in diesem Semester, daß erst ein Seminar (Sienknecht) mit entsprechenden Forderungen an die Öffentlichkeit (bzw. des FSR) getreten ist. D.h.: auch die Arbeit der Initiativen am PI ist noch weitgehend von sozialdemokratischen Vorstellungen geprägt; der Zusammenhang aller reaktionären Maßnahmen wird nicht erkannt, sondern nur als Schläge einzelner besonders reaktionärer Kreise verstanden; gesellschaftliche Ver-

änderungen werden auf friedlichem Weg und über parlamentarische Gremien erwartet und nicht als Ergebnis eines auf die Kraft der Massen gestützten Kampfes.

Unsere Aufgaben!

Genau diese Bedingungen - auf der einen Seite die Verschlechterung des gesamten Bildungsbereichs, auf der anderen Seite die rel. niedrige Klarheit und Geschlossenheit der Betroffenen- machen die grundsätzliche Hauptaufgabe im Kampf gegen die LPO, kurz- wie langfristig, deutlich: der Kampf gegen die LPO muß als Kampf gegen die imperialistische Bildungspolitik geführt werden, die Zersplittertheit der Kampffront wird aufgehoben, indem die Betroffenen Schritt für Schritt anhand der eigenen Erfahrungen und unserer Politik auf die 'Untauglichkeit des gesamten Systems' gestoßen werden, indem wir auf einen gemeinsamen Kampf von Eltern, Schülern, fortschrittlichen Lehrern und Studenten hinarbeiten.

Konkret heißt das für den FSR PI:

- Agitation und Propaganda in breiten Teilen der Studentenschaft über den Charakter der LPO und unseren Kampf dagegen. Voraussetzung für eine wirklich ehrliche Propaganda ist Untersuchungsarbeit z.B. über den Stand der Ausarbeitung von neuen LPO-Studienordnungen in den Studienreformausschüssen. Diese Untersuchungstätigkeit muß 'vor Ort', d.h. z.B. in den Ausschüssen selbst zusammen mit den Kommilitonen vorgenommen werden. Völlig falsch ist ein Vorgehen (wie unser Vorgehen beim Sozialpraktikum), etwas aufzuschnappen, ungeprüft zu behaupten und "auf Teufel komm raus" Forderungen aufzustellen. So wird verhindert, daß die Kommilitonen anhand ihrer eigenen Erfahrungen lernen, Freund und Feind zu unterscheiden und den Kampf richtig zu entwickeln.
- Weiter ist eine breite Informationstätigkeit über die Kämpfe im gesamten

Bildungsbereich notwendig. Dazu gehört eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Initiativen in diesen Bereichen (Eltern, Lehrer) - neben der Information und Diskussion sollte die praktische Zusammenarbeit angestrebt werden. Arbeitsgruppen, gemeinsame Veranstaltungen, punktuelle Unterstützung usw.

- In den bestehenden Initiativen muß - genau unter dieser Stoßrichtung - eine Zusammenarbeit organisiert werden (gegebenenfalls auch direkte Mitarbeit). Es gilt, den Kommilitonen anhand konkreter Kampferfahrungen zu ermöglichen, den Gesamtcharakter der Angriffe, das gemeinsame Interesse zu erkennen und somit eine einheitliche Kampffront aufzubauen. Es muß hier noch einmal betont werden, daß wir diese Initiativen nicht - wie der KSV - als "Hauptkampffronten" sehen. Der bisherige Fehler des FSR lag darin, hier nicht politisch klar und personell kontinuierlich gearbeitet zu haben.

- Auch die öffentlichen FSR-Sitzungen können in erster Linie nur das Ziel haben, um die politische Diskussion und die Vereinheitlichung der Studenten im Kampf gegen die imperialistische Bildungspolitik voranzubringen. Hierfür können u.U. auch vom FSR initiierte Diskussionsveranstaltungen, auf der die politischen Organisationen Stellung nehmen, nützlich sein. Ziel und Schwerpunkt dieser Diskussionen muß aber die Bestimmung unseres Kampfes sein. U.E. falsch sind in diesem Zusammenhang Vorschläge des KSV, Podiumsdiskussionen über die programmatischen Vorstellungen von KBW, KPD und KB. Mit diesen Veranstaltungen wird man den Kampf gegen die LPO allerdings nicht voranbringen. Die Erfahrung mit der schlecht besuchten SSG-Veranstaltung zeigen, daß auf dieser 'Ebene', mit diesem Thema nur ein sehr beschränkter Kreis von Kommilitonen angesprochen wird.

Taverna Plaka

Griechische Spezialitäten

Dom Grill Aus dem Backofen Salate Dom Holzkohlegrill Weine

Freundliche Bedienung und preisgünstige Gerichte!

Geöffnet von 12.00-2.30

Hamburg-50, Schanzenstraße 25

Hamburg den 12.6.74

An

Herrn Jebßen
2 Hamburg 13
Harvesterhuder Weg 63

Monika Kempe
2 Hamburg 6
Agathenstr.6

Sehr geehrter Herr Jebßen,

Ich bin der Bitte des Prüfungsamtes eine Kopie meiner Pädagogik-Arbeit für die 1. Staatsprüfung zum Lehramt an Volks- und Realschulen einzureichen nicht nachgekommen. Ich sehe auch jetzt keinerlei Veranlassung dazu, da ich alle notwendigen Prüfungsbestimmungen erfüllt habe und ihre persönliche Aufforderung eine Kopie vorzulegen juristisch nicht legitimierbar ist.

Aufgrund dieser Tatsache hat am Dienstag den 11.6.74 zwischen Ihnen und mir sowohl ein telefonisches Gespräch, als auch eine persönliche Unterredung stattgefunden. Ich habe Ihnen dort gesagt, daß meiner Meinung nach die Kopiereiner Verbesserung der politischen Kontrolle der Examensarbeiten durch die Schulbehörde dienen. Auf der Seminarleiterkonferenz vom 14-9.73 haben Sie selbst Herr Jebßen, die Aufgabe benannt in Zukunft die Prüfungsarbeiten auszuwerten um handfeste Beweise für die Gesinnung der "Radikalen" zu erhalten. Sie haben dort Ihr Unverständnis darüber erklärt, daß Arbeiten in denen der Staat kritisiert und angegriffen wird mit "gut" zensiert werden. Die wachsende Kritik und der Kampf der Referendare gegen die Mißstände an den Schulen und im Studienseminar, den die Seminarleiter nicht mehr hatten verhindern können waren der Grund für die Einberufung dieser Konferenz. Die Vertreter der Schulbehörde haben hier offen die Absicht kundgetan, die politische Kontrolle der angehenden Lehrer zu verschärfen, um mit entsprechendem Beweismaterial diejenigen, die nicht die Anweisungen des Staates, sondern die Interessen und Entscheidungen des Volkes zur Richtschnur ihres Handelns machen, von den Schulen fernzuhalten.

Daß Ihre Aufforderung Herr Jebßen sich den Prüfungsarbeiten genauer zu widmen nicht in den Wind gesprochen war, zeigen mehrere Vorfälle während der letzten zwei Semester, in denen das Lehrerprüfungsamt, nach einer von ihm veranlaßten politischen Auswertung der Examensarbeiten die Noten verschlechterte bzw. die Arbeiten für ungenügend erklärte (ich beziehe mich hierbei auf die von der Examensgruppe PI veröffentlichten Dokumente "Gemeinsam ins Examen!.."). Bekannt wurden diese Tatsachen u.a. dadurch, daß die Schulbehörde kein eigenes Exemplar der Arbeit besaß und dieses erst von den Universitätsprüfern anfordern mußte. Sind es auf diesem Hintergrund tatsächlich "wahnwitzige Gedanken", die sie mir unterstellt haben Herr Jebßen, als ich die Meinung äußerte, daß die Kopien einem reibungsloseren Ablauf der politischen Gesinnungsschnüffelei dienen

Sie haben diese Vorwürfe gegen die Schulbehörde zurückgewiesen und mich aufgefordert eine schriftliche Begründung für die Nichtabgabe der Kopie vorzulegen. Sie erklärten, daß von dem Inhalt der Begründung die Entscheidung abhängt, ob ich von der Prüfung ausgeschlossen werde oder nicht. Dabei stellten Sie mich vor folgende Alternative:

begründe ich die Nichtabgabe der Kopie damit, daß ich nur ein Exemplar der Arbeit besitze, Dann ist für Sie und Ihre Behörde die Sache erledigt - weigere ich mich jedoch eine Kopie abzugeben, weil ich der Ansicht bin, daß diese der Verbesserung der politischen Kontrolle dient, werde ich von der Prüfung ausgeschlossen.

Das ist politische Erpressung! (Der Versuch diese Aussage als Spinnerei hinzustellen, ist ziemlich hilflos und zeigt, daß Sie Ihre wahre Absicht nur schwer verbergen können.) Wenn Sie mit dieser Erpressung das Ziel verfolgen mir klarzumachen, daß mit dem Examen und dem Eintritt in das Studienseminar die Zeiten vorbei sind, wo ich das Recht habe meine Meinung frei zu äußern; daß jetzt die Zeiten beginnen wo ich meinen Mund nur noch aufmachen darf, wenn ich mich in Ihrem Sinne und im Interesse des Staates, den Sie vertreten äußere, dann sage ich Ihnen offen; ich werde auch weiterhin meine Meinung äußern und mich dafür einsetzen, daß die freie Meinungsäußerung nicht eingeschränkt wird von Menschen bzw. staatlichen Organen, deren Ansichten und Vorhaben der freien Debatte offenbar nicht standhalten können.

Hiermit erkläre ich nochmals, daß ich der Bitte des Prüfungsamtes eine Kopie meiner Examensarbeit für Pädagogik abzugeben nicht nachkommen werde und nicht bereit bin dafür eine Begründung anzugeben.

Außerdem stelle ich auch hier noch einmal an Sie die dringende Bitte sich zu folgenden Fragen schriftlich zu äußern:

1. Welche Funktion hat ein Dopplexemplar der Arbeit für das Prüfungsamt?
2. Warum verlängern Sie von mir eine schriftliche Begründung für die Nichtabgabe der Kopie?
3. Warum würden Sie mich bei einer politischen Begründung für die Nichtabgabe der Kopie von der Prüfung ausschließen?

Sollte sich an meinem mündlichen Prüfungstermin etwas ändern bitte ich Sie um sofortige Benachrichtigung, da ich dann umgehend gerichtliche Schritte einleiten werde.

hochachtungsvoll

Monika Kempe
(Monika Kempe)

REIE UND HANSESTADT HAMBURG

BEHÖRDE FÜR SCHULE, JUGEND UND BERUFSBILDUNG
AMT FÜR SCHULE
LEHRERPRÜFUNGSAMT

Lehrerprüfungsamt - 2 Hamburg 13, Harvenhuder Weg 65

Krempelberg 4112-608 (Mitarbeiterwahl)
Behördennummer 9 011

Frau

Monika Kempe

2000 Hamburg 6-----6

Agathenstrasse 6

In dem Zeichen Ihres Schreibens

Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben)
LPrA/365-6.120/8

Datum
13. Juni 1974

I. Staatsprüfung - Schriftliche Hausarbeiten VR 4870

Sehr geehrte Frau Kempe !

Die zuständige Sachbearbeiterin, Frau Kolpert, bat Sie am 11. Juni 1974, das zweite Exemplar der Hausarbeit im Fach Erziehungswissenschaft beim Lehrerprüfungsamt abzugeben. Sie lehnten es ab, die Kopie der Hausarbeit nachzureichen, weil Sie der Meinung seien, daß die Arbeiten auf die von Ihnen vertretene politische Gesinnung geprüft würden.

Daraufhin rief ich Sie an und bat Sie um Bestätigung Ihrer Weigerung. Ich wies daraufhin, daß Sie mit dem Abschluß Ihrer Prüfung in Schwierigkeiten kämen, wenn Sie eine vorhandene Kopie nicht abgäben. Diese Kopie würde Ihnen nach der Prüfung wieder zugestellt werden. Falls Sie keine Kopie hätten, sollten Sie dies mitteilen. In diesem Fall würde ggf. eine Kopie angefertigt. - Sie waren nicht in der Lage, sich sofort zu entscheiden. - In der Sprechstunde am 11.6.74 verlangten Sie von mir eine schriftliche Erklärung über meine Mitteilung vom Vormittag. Ich erklärte Ihnen, daß Sie eine schriftliche Antwort von mir oder der Rechtsabteilung des Amtes für Schule bekämen, wenn Sie Ihre Weigerung hier schriftlich mitteilten.

Auf die Frage nach den Gründen wiederholten Sie die Begründung vom Vormittag. Auf meine Äußerung, daß das Amt für Schule doch jederzeit das erste Exemplar lesen könne, erwiderten Sie, daß Sie die Behörde bei dieser Tätigkeit doch nicht noch durch Lieferung eines zweiten Exemplars unterstützen würden. Ich habe daraufhin das Gespräch abgebrochen. -

Da bis heute - 13.6.74 - keinerlei Erklärung eingetroffen ist, muß ich Sie vorsorglich darauf hinweisen, daß der termingerechte Ablauf Ihrer Prüfung gefährdet ist, wenn Sie nicht unverzüglich eine Kopie abliefern oder erklären, daß Sie gar keine Kopie gehabt haben.

Hochachtungsvoll

SITZ: 2 HAMBURG 13, HARVENHUDER WEG 65, FERNSPRECHER: 4112-1

Sprechzeiten: Montags und donnerstags 8:30 bis 12:00 Uhr, dienstags 14:00 bis 16:00 Uhr

R. Jepsen

Mutiges Auftreten gegen politische Erpressung im Examen

Eine Studentin soll wegen Nichtabgabe einer Kopie von der Prüfung ausgeschlossen werden!
Im Februar erhielt jeder Examenskandidat vom Lehrerprüfungsamt (LPA) ein Schreiben mit der "Bitte" jeweils eine Kopie seiner Examensarbeit abzugeben, "um den Ablauf zu beschleunigen". Der eigentliche Zweck war den Studenten vor vornherein klar: Eine Kopie, die in der Schulbehörde oder im LPA lagert, steht solchen Leuten wie Jepsen und Lüdemann zur Überprüfung der "freiheitlich-demokratischen" Gesinnung des Examenskandidaten jederzeit zur Verfügung.
Viele Studenten haben sich nicht an diese "Bitte" gehalten.
Trotzdem greift sich R. Jepsen, Leiter des LPA, jetzt einzelne wie Monika Kempe heraus, um sie politisch zu erpressen. Damit soll die Stärke der Schulbehörde und dieses Staates demonstriert werden, und der Student soll seine Ohnmacht als einzelner gegenüber dem Staat spüren. Deshalb drohte Jepsen M. Kempe im persönlichen Gespräch sogar, sie ganz von der Prüfung auszuschließen, weil sie ihre Erklärung, daß ihrer Meinung nach Kopien die Gesinnungsschnüffelei erleichtern sollen, nicht zurückzog, obwohl er für einen solchen Ausschluß keinerlei Handhabe hatte.
Es ist ein mutiger Schritt von Monika Kempe, wenn sie zu ihrer Einschätzung steht, und sich mit dem Briefwechsel an die Öffentlichkeit wendet.
Wer sich individuell auf einen Clinch mit der Schulbehörde einläßt wird meistens dem kürzeren ziehen und sich aufreiben in diesem Kampf.
Wer aber gegen die Schikanen und Schweinereien des Staates öffentlich auftritt und ihn brandmarkt, der hat die Studenten auf seiner Seite und wird erfolgreich sein.

-Reinhard (Mitglied der
-Examensgruppe PI)

9



Fahrschule Walsdorff
die Studentenfahrschule „in“ der Uni
vorm. Kloninger

Fahrtstunde DM 22,- Prüfungsfahrt DM 25,-
Grundgebühr DM 30,-
1 Minute von der Mensa Telefon 44 2013

Grindelallee 17

Privat: 2000 Hamburg 61, Sachsenweg 20E, Telefon 5 51 69 19

KEINE BERUFUNG GEGEN DAS VOTUM DER STUDENTEN

Am Mittwoch, dem 19.6. ab 16.30Uhr tagt der Berufungsausschuß am PI, um über die Besetzung der ausgeschriebenen H-2 Professur für Sozialpädagogik mit dem Schwerpunkt Freizeitpädagogik, Jugendhilfe oder Kriminalpädagogik zu entscheiden. Die Studenten haben ihr eindeutiges Votum für die Berufung von Karam Khella abgegeben: "Aufgrund der abgehaltenen Kolloquien und den eigenen Erfahrungen mit Karam Khella sind wir der Überzeugung, daß er auf wichtige Fragen und Probleme in der Ausbildung im Bereich der Sozialarbeit/Sozialpädagogik richtige Ansätze und Lösungsvorschläge bietet." Gegen die bisherigen Mauschelpraktiken in universitären Gremien müssen wir auftreten und ganz klar unsere Forderung auf der Ausschußsitzung durchsetzen.

**WIR TREFFEN UNS AM MITTWOCH UM 16⁰⁰ IN DER SEDANSTRASSE
RAUM 019 UM UNSER VORGEHEN KURZ ZU BESPRECHEN. DIE AUS-
SCHUSSSITZUNG FINDET UM 16³⁰, RAUM 233 (SEDANSTRASSE) STATT.**

BERUFT KARAM KHELLA

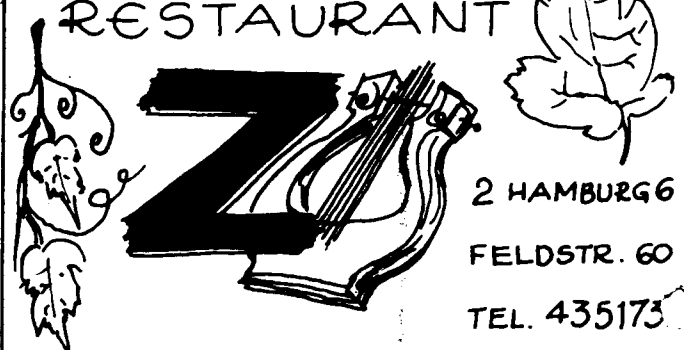
Initiativgruppe für die Berufung von Karam Khella

FBR benutzt Berufungs- verfahren als Mittel der politischen Zensur

Daß die Vertraulichkeit bei Berufungsverfahren, die angeblich dem Schutze der Bewerber gilt, nur ein taktisches Mittel des Lehrkörpers zur besseren Durchsetzung seiner Interessen gegen die Studenten ist, läßt sich an einem Beispiel aus dem Berufungsausschuß 1 erneut klar belegen. Studenten werden zum Schweigen über die Diskussion und den Verlauf der Berufungsverhandlungen verpflichtet, während die Professoren ganz offen die selbst eingeführten Regeln übertreten, wenn es ihren Interessen entgegenkommt. Am Mittwoch, den 12. Juni tauchte H. Scarbath im zentralen Berufungsausschuß (KA 6) auf mit dem Antrag auf Rederecht. Da Scarbath weder Mitglied des FBR noch des KA 6 ist, stellt dieser Antrag einen offenen Bruch, der sonst so streng gehüte-

10

FOLKLORE RESTAURANT



2 HAMBURG 6
FELDSTR. 60
TEL. 435173

* Restaurant ab 11.00 Uhr
geöffnet. Günstige Preise.
Griechische Spezialitäten.
Von 11.00 - 18.00 Uhr 10%
Ermäßigung für die Studenten.
Ab 22.00 Uhr LIVE-FOLKLORE
Eintritt frei. Griechische und
Südamerikanische Folklore mit
DIMITRI & KRITEOS

LOS LATINOS - LOS AYMARAS
WIR WARTEN AUF EUCH!!!?

ten Vertraulichkeit dar. Scheuerl rechtfertigte diesen Antrag mit dem Hinweis, daß die Anhörung eines kompetenten und interessierten Kollegen nur der Sache dienen könne. Doch worum ging es Scarbath und Scheuerl wirklich?


Der BA 1, der am Mittwoch seinen Vorschlag für die Neubesetzung der H 3-Prof. "Religionspädagogik" eingereicht hatte, hatte die rechten Bewerber, darunter Günter R. Schmidt vom Fachbereich Erziehungswissenschaft Hamburg, unberücksichtigt gelassen. Scarbath, der vom Berufungsausschuß angeblich nichts wußte, trug im KA 6 seine sorgfältig vorbereitete Kritik an der Liste des BA 1 vor, um an die Plätze 2 und 3 der Liste die beiden rechten Religionspädagogen Schmidt und Bargheer zu setzen. Schmidt, der in der Religionskritik der Schüler nur einen Ausbruch pubertärer Spannungen

erblickt, die des besonderen Gespräches des Lehrers bedürfen, für den radikale Religionskritik "Völlig irrational, geradezu unsinnig" ist, hat in Scarbath seinen brilliantesten Verteidiger gefunden. Im FBR wurde ihm nach langem Hin und Her das erneute Auftreten verwehrt, jedoch wurden die Gutachten von Scheuerl verlesen und sie blieben ebenso wie im KA 6 dort nicht ohne Wirkung. Der FBR lehnte den an der dritten Stelle genannten Bewerber Päsche ab, und setzte ohne Kenntnis des Bewerbers, gegen das Votum des BA 1 Bargheer an seine Stelle. Der FBR, der nach Beidick über alle Gruppeninteressen hinweg die Entscheidung nach bestem Wissen trifft, fungiert als politisches Zensurinstrument. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung ist hier nicht wichtig, wichtig ist, das die Richtung stimmt.

WIR BRAUCHEN EINE DIPLOMPÄDAGOGEN-PO DIE UNSEREN FORDERUNGEN ENTSPRICHT!

- keine differenzierte Leistungsbewertung
- Gewährleistung von Gruppenarbeit ohne Zwang zu erkennbaren Einzelleistungen
- freier Zugang zu allen Lehrveranstaltungen
- Prüfungsrecht für alle Lehrenden
- Recht auf freie Wahl der Prüfer und Themen
- Öffentlichkeit aller Prüfungsangelegenheiten vorbehaltlich der Zustimmung des Kandidaten
- Offenlegung aller Prüfungskriterien - Rechenschaftspflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses
- gegen den Abbau der studentischen Rechte im Prüfungsausschuß
- Gewährleistung der zweimaligen Wiederholbarkeit von Prüfungen
- Abschaffung der obligatorischen Zweitgutachten
- keine Regelstudienzeit
- keine Schwerpunktbeschränkung auf Schule, Erwachsenenbildung und außerschulische Jugendarbeit

Diese Forderungen sind von den Diplompädagogen aufgestellt worden im Kampf gegen einen von der Behörde vorgelegten Prüfungsordnungsentwurf, dessen Durchsetzung für die Studenten eine weitgehende Entrechtung und Disziplinierung zur Folge hätte. Auf der letzten Uni-VV sind diese Forderungen mit überwältigender Mehrheit von den anwesenden unterstützt worden. Der nächste Kampfschritt ist die Durchsetzung dieser berechtigten Forderungen gegenüber den universitären Gremien. Deswegen fordern wir alle Studenten auf, zur nächsten Ausschußsitzung eine breite Öffentlichkeit herzustellen, damit wir in der Lage sind, unseren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

 **KOMMT ZUR FACHBEREICHSRATSSITZUNG AM
MITTWOCH, 26.6. 14⁰⁰ RAUM 424**

Diplompädagogen-AG

ELTERN UND ELTERNRÄTE
DES KERNGEBIETES ALTONA

Hamburg, den 13.6.74
p.A. H.Kolbe
2 Hamburg 50
Holstenplatz 13

Offener Brief!

An das Studentenparlament
der Universität Hamburg

An den Fachschaftsrat Erziehungswissenschaft

Sehr geehrte Damen!
Sehr geehrte Herren!

Wir beziehen uns in diesem Brief einerseits auf die Resolution des FSR-Erz.wiss. zur Solidarität mit den streikbereiten Lehrern gegen das geplante Bundesgesetz zur Lehrerbesoldung (siehe Päd-Info Nr.3), die von uns begrüßt und unterstützt wird, und auf die diesbezügliche Reaktion des Studentenparlaments. Wie ein Vertreter des FSR-Erz.wiss. auf der Kerngebietssitzung am 27.5.74 berichtete und wie es auch u.a. im SP-Info 4 (Informationen aus dem Studentenparlament) zum Ausdruck kommt, lehnte das Studentenparlament auf seiner Sitzung am 16.5.74 einheitlich die Resolution mit der Begründung ab, daß die GEW nicht namentlich erwähnt wird und machte hieran den Vorwurf der "Gewerkschaftsfeindlichkeit" fest, der die Mitglieder der "Eltern und Elternräte des Kerngebietes" Altona mit einschloß. Ein einheitliches Vorgehen mit Schülern und Eltern wurde für nicht nötig gehalten.

Wir weisen diese Diffamierung der "Eltern und Elternräte des Kerngebietes Altona" als Gewerkschaftsfeinde entschieden zurück. Den Mitgliedern des Studentenparlaments scheint es nach unserer Meinung nicht klar zu sein, was es heißt Solidarität zu üben. Solidarität muß stets inhaltlich bezogen sein, d.h. daß man sich nicht pauschal mit Organisationen solidarisiert, vor allem nicht mit Organisationen wie der GEW, die sich weigert Kämpfe der Eltern und Schüler zu unterstützen und durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse die Unterstützung der Eltern durch einzelne Lehrer erschwert.

Wir sind nicht bereit uns pauschal mit der GEW zu solidarisieren, weil wir damit gleichzeitig objektiv eine Politik unterstützen würden, die in wichtigen Punkten den Betroffenen Sand in die Augen streut und dem Interesse der Schüler und Eltern an einer besseren und gerechteren Schule zuwiderläuft (siehe unsere Ausführungen in den "Informationen" Nr.7). Die "Eltern und Elternräte des Kerngebietes Altona" üben Solidarität mit den betroffenen Lehrern und der GEW in der Sache und ausgehend vom Interesse der Schüler, wie es in unserer Plattform festgelegt ist.

Wir begrüßen die Initiative des FSR-Erz.wiss., der in der Resolution einzelne Fragen der Bildungspolitik in ihren Zusammenhängen aufzeigt und dabei von dem Interesse der Schüler ausgeht. Insofern kann diese Resolution als erster Schritt begriffen werden, in der Politik an der Universität an den gesellschaftlichen Realitäten zu lernen und den engen Zusammenhang zwischen den einzelnen Maßnahmen der Behörde im Bildungsbereich zu begreifen.

"ELTERN UND ELTERNRÄTE DES KERNGEBIETES
ALTONA"

12

Hans Kolbe

Zur Ausarbeitung der Studienordnung in den Gremien

Im WS 72/73 wurde, fast unbemerkt von den Studenten, die in der BAFÖG-Kampagne "verstrickt" waren, die neue LPO verabschiedet. Sie sieht Regelstudienzeit, Stufenlehrausbildung, verschärften Leistungsdruck und verschärfte politische Disziplinierung vor. In diesem Semester nun wurde der FB Erziehungswissenschaft beauftragt eine Studienordnung zu erstellen, also die Rahmenbedingungen, die die LPO gesetzt hat, inhaltlich auszufüllen. Zu diesem Zweck wurden im FB über den Koordinationsausschuß 1 (KAL) der für Lehrpläne und Studienordnungen zuständig ist, drei Unterausschüsse gebildet, zu Grundschulpädagogik, Erziehungswissenschaft und Fachdidaktik, die die neue Studienordnung im einzelnen ausarbeiten sollen. diese Unterausschüsse wurden am 17.5. beauftragt, bis zum 26.6. (!), also in größter Hetze und ohne daß eine breite Diskussion unter den Studenten stattfinden konnte, ihre Studienordnungsvorschläge vorzulegen.

Diese Unterausschüsse, die zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Zeitung ihre Arbeit fast abgeschlossen haben, bemühten sich von vorneherein, eine Studienordnung im Rahmen der von der Behörde gestellten Bedingungen fertigzustellen. Dort wird u. a. darum gestritten, welches Seminar nun an welche Veranstaltung anschließen soll, wie lang die Sequenzen sein sollen, ob ihr Besuch verbindlich festgelegt oder nur empfohlen wird usw. ... - aber: an Regelstudienzeit, ungeheurer Stofffülle, Stufenlehrausbildung und ähnlichen Zielen der LPO wird nicht gerüttelt. Auch die Studenten, die in diesen Untersuchungsausschüssen mitarbeiten, wehren sich nicht grundsätzlich gegen die LPO, sondern versuchen, "das Beste draus zu machen".

Die Mitglieder des Lehrkörpers, die dort mitarbeiten, bilden keine einheitliche Fraktion. Neben den Reaktionsären, die Angst haben, "bei nur 30 Wochenstunden könnten vielleicht

Kollegen entlassen werden" oder vertreten "wir sollten möglichst alle Pflichtveranstaltungen in die ersten vier Semester packen, damit die Studenten in den letzten beiden sich individuelle Schwerpunkte setzen können"! gibt es die sogenannten "Fortschrittlichen". Ihre Vorstellungen sind allerdings von einem derartigen Kompromißcharakter geprägt, daß von "Fortschrittlichkeit" nichts zu spüren ist. So heißt es zum Beispiel im Entwurf einer Studienordnung, die Dressler eingebracht hat: "Aufgabe einer in Form von Schule institutionalisierten Bildungsarbeit ist es, der nachwachsenden Generation diejenigen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten zu vermitteln, die objektiv vom gegenwärtigen Arbeitsprozeß gefordert werden." In dem Entwurf wird unterstellt, es gäbe ein objektives Gesamtinteresse der Gesellschaft. Daß Arbeitereltern und -kinder an einem Bildungssystem ein ganz anderes objektives Interesse haben als die Kampitalisten wird schlicht geleugnet.

Es ist beileibe nicht so, daß alle Mitglieder des Lehrkörpers am PI, die neue LPO gutheißen. Einige lehnen sie ab, weil sie die "akademische Freiheit" bedroht sehen, andere, weil Lehrkörper und Studenten die Stofffülle nicht bewältigen können. Wieder andere, weil die LPO zu einer technokratischen Bildungsreform führen könnte und einige auch, weil sie den Stellenwert im Rahmen der gesamten Rationalisierung und Disziplinierung erkannt haben. Wie aber kämpfen die Profs und Dozenten gegen die LPO? Die meisten ballen die Faust in der Tasche oder lassen mal eine kritische Äußerung fallen, was keine Konsequenzen hat; einige wollen "die Öffentlichkeit" herstellen. So machte einer - echt betroffen über die Stofffülle - den Vorschlag, man müßte doch einmal einen Grafiker beauftragen, die Anforderungen grafisch darzustellen, und das dann im Foyer auszuhängen.

Aber das Bündnis mit den Studenten im Kampf gegen die LPO sucht fast niemand. Natürlich hängt das auch von beamtenrechtlichen Stellung der Profs und Dozenten usw. ab, und man "möchte schließlich auch mal ne' bessere Stelle kriegen". Am nützlichsten für die Studenten sind z. ZT. noch diejenigen, die ihnen jedenfalls wichtige Informationen (beispielsweise über den FSR) geben.

Welchen Weg werden die Studienordnungen gehen? Diese Ausschüsse legen ihre Vorschläge dem KA 1 vor, der wahrscheinlich einen noch stärkeren Kompromißvorschlag zusammenmixen wird. Der geht dann in den FBR, in dem (bei 1/5 Parität der Studenten) fortschrittliche Vorschläge keine Chance haben. Sollte er trotzdem durchkommen, muß der Akademische Senat zustimmen, bis endlich die Behörde über den Vorschlag der Hochschule endgültig befindet. Wer noch glaubt und verbreitet, ein "fortschrittlicher" Vorschlag habe eine reale Chance, der behauptet nichts anderes, als daß die Bourgeoisie vergessen hätte, was sie mit Hilfe der LPOvorhatte. Und: Wie "fortschrittlich" ist ein Entwurf, der die Interessen der Studenten mit Füßen tritt? Die Bourgeoisie wird es nicht vergessen und wir dürfen dies auch nicht vergessen. Die LPO wurde gegen den erklärten Willen der Studenten verabschiedet. Jetzt, wo die LPO auf dem Tisch liegt, sollen sie geködert werden mit dem Scheinversprechen, durch ihre Mitwirkung bei der Studienordnung der LPO doch noch einen fortschrittlichen Anstrich zu geben. Auf dieses Manöver fallen wir nicht herein! Deshalb hat der Fachschaftsrat sich nicht an der Erstellung der Studienordnung beteiligt. Noch einige Worte zur Gremienarbeit des MSB: Der MSB/SHB hat sich immer etwas darauf zugute gehalten, daß er am stärksten in den Gremien arbeitet. Wie aber nutzt er seine "Verankerung" in den Gremien? Er gibt keinerlei Auskunft darüber, welche Arbeit in den Gremien gemacht wird, wie er sich "fortschrittlichen Vorschlägen" gegenüber verhalten wird, die allerdings die Rahmenbedingungen der LPO akzeptieren. Er macht keine Ausführungen darüber,

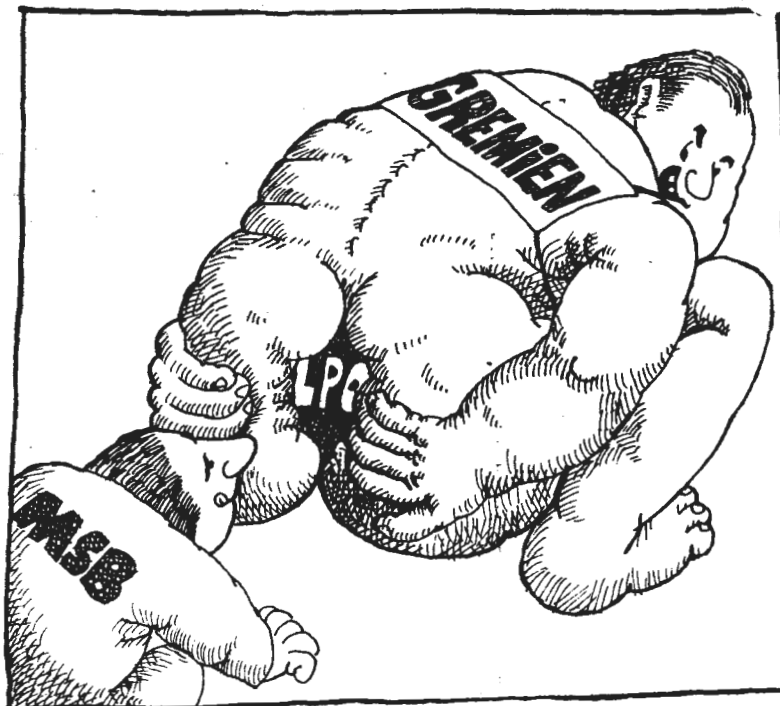
wie sich die Mitglieder des Lehrkörpers verhalten- So setzt er die Studenten nicht über die Lage in den Gremien in Kenntnis.

Solange MSB/SHB nicht öffentlich erklären, daß sie unter den vom Staat gesetzten Bedingungen nicht an der Ausarbeitung der Studienordnung sich beteiligen wollen, solange müssen wir auf der Hut sein davor, daß sie uns Studenten in den Gremien durch Übergehung unserer Beschlüsse bezüglich LPO anscheßen.

Wir als Fachschaftsrat haben es für unsere dringlichste Aufgabe angesehen, über die Arbeit an den Studienordnungen zu informieren und gegen diese Arbeit im Sinne der Beschlüsse der Studenten zu kämpfen.

Daß der Kampf gegen die Studienordnung am PI im Vergleich zu anderen Bereichen sehr schwach entwickelt ist, liegt nicht zuletzt daran, daß der alte MSB/SHB-Fachschaftsrat in der Frage der StO keinen Finger krumm gemacht hat. Wie der Kampf erfolgreich zu führen ist, zeigen die Beispiele Romanistik (siehe Artikel)

WIR STUDENTEN WERDEN ZU DEN ENTSCHEIDENDEN SITZUNGEN (am 21. 6. tagt der KA 1 um 14. 30h, um die Entwürfe zu koordinieren, am 26. 6. ist die erste Lesung im FBR) ZAHLREICH ERSCHEINEN, UM UNSERE FORDERUNGEN DORT VORZUTRAGEN!!



Romanistik: Kampf gegen die Studienordnung

Seit mehreren Semestern, genauer gesagt seit der RPO-Kampagne, versucht die professorale Reaktion am Romanischen Seminar, eine Studienordnung zu erstellen und durchzusetzen. Bislang gibt es bei uns keine Festlegung eines Studienganges, was den Studenten relativ große Freiheit auch zur Auseinandersetzung mit "ihrer Wissenschaft" und mit allgemein-politischen Fragen läßt.

In den bisher 2 vorgelegten Entwürfen treten besonders folgende Maßnahmen hervor:

- Absicherung der in der Romanistik besonders "philologischen" Lehrinhalte durch Aufspaltung der Ausbildung in einen "wissenschaftlichen" und einen "praktischen" Teil
- Erhöhung des Leistungsdrucks und der Reglementierung durch relativ weitge-

hende Festlegung des Studienganges

- Aufrechterhaltung der Lehrveranstaltungskategorie "Mittelseminar", die als Abschlußveranstaltung für VR-Studenten besteht. Sie ist natürlich ein Spaltungsinstrument und kommt der Stufenlehrerkonzept der Behörde sehr entgegen.

Schon dieser Ausschnitt verweist die Studienordnungspläne am Romanischen Seminar klar in den Bereich der Durchsetzung von RPO und LPO.

Bislang ist es den fortschrittlichen Studenten gelungen, diese Pläne zu durchkreuzen. Zuletzt am 7.5. bekundeten ca. 100 Studenten auf einer VV ihre Ablehnung dieser Pläne, indem sie beschlossen, die Sitzungen der Studienordnungskommission öffentlich stattfinden zu lassen. 40 Studenten erschienen tags darauf in der Kommission, die die

VORSICHT, WERBUNG! KEINESFALLS BEACHTEN!



Patchouli

Sitars Tablas Musikinstrumente Zimbeln Flöten
viele viele Sorten TEE auch Teegeschirr aus China
Hausrat blaues Glas Ledersachen Felle Ponchos
Herrlichste Oils & Perfumes Räucherstäbchen
Döschen Pur-Pfeifen Chillum-Riesenauswahl
KLEIDER aus Indien bestickte Hemden Henna
Filze Nomadenteppiche Afghan-MÖBEL

HAMBURG 13 RENTZELSTR 16

HEIDRUT SCHÄFERS
TEL. 0411 - 410 59 31

u.a.
türkische
Spezialitäten

Hamburg 13

Bundesstraße 15

geöffnet von 18⁰⁰ - 2⁰⁰

Öffentlichkeit, genau wie der Institutsrat zuvor, ablehnte, so daß die Sitzung nicht zustande kam. Dies war der bislang letzte Termin der Kommission. Beide Zahlen der Beteiligung der Studenten sind für die Verhältnisse am Romanischen Seminar sehr gut.

Der FSR Romanistik arbeitet gegen die Studienordnungspläne nicht mit der Konzeption "alternativer Studiengänge", die von SHB und MSB propagiert wird. Dies Konzept beruht auf der Entwicklung organisatorischer Vorstellungen von einem Studiengang. Falls diese Vorstellungen in den unteren Ebenen der zuständigen Gremien durchgesetzt werden, was allein in den allermeisten Fällen wohl schon eine Illusion ist, können sie doch die Erwartungen, die damit verbunden werden, nicht erfüllen. Denn die fortschrittlichen Studenten verlieren sehr bald die Kontrolle über ihre eigenen Vorstellungen und Beschlüsse, in dem Maße, wie sie den Instanzenweg gehen. Wenn dann diese "alternativen Studiengänge" von der Behörde in irgendeiner Weise berücksichtigt werden, dann so, daß sie sich Einzelstücke nimmt und sie natürlich in ihrem Sinn verwendet. Damit hat man dann lediglich erreicht, daß die zentralen Maßnahmen des Staates noch mit eigener Mithilfe

durchgesetzt werden: Zuarbeit für den Senat, das ist der Kern der alternativen Studiengänge.

Wir halten es stattdessen für richtig, für die Veränderung der Studienbedingungen im Sinne der Bekämpfung von Leistungsdruck, Spaltung und Individualisierung und dem daraus folgenden Konkurrenzdruck an der Basis, also in den Seminaren usw. und in breiter Diskussion unter den Studenten einzutreten. Nur so kann unserer Meinung nach die Gefahr der Stellvertreter- und Mäuschelpolitik vermieden werden. Nur so wird die demokratische Bewegung gestärkt; nur so können wir auch wirklich Teilerfolge verbuchen.

In dieser Richtung haben wir in diesem Semester die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Abschaffung der Übersetzungen unterstützt und beginnen, eine Initiative zur Lehrplangestaltung zu entwickeln.

Zur weiteren Information verweisen wir auf die Fachschaftszeitung Nr. 17 (die außerdem u.a. unsere Stellungnahme, wie das Bündnis mit der Arbeiterklasse im Kampf gegen das HRG hergestellt werden kann, enthält) und auf verschiedene ROM-INFOs.

→FSR ROMANISTIK←

LPO bei den Biologen: Formalisierung des Studiums

Auch an den FB Bio erging vor kurzer Zeit (ca. 4-6 Wochen) die Aufforderung, gemäß der LPO neue Studienpläne für die Stufenlehrausbildung bis zum 30. 6. (!) auszuarbeiten. In diesem Studienplan ist von Seiten der Behörde eine radikale Zusammenstreichung des Bio-Studiums geplant. Statt bisher ca. 60-70 Semesterwochenstunden (berechnet auf die Studiendauer von 6 Semestern für VR) sind jetzt nur noch 35 SWS inklusive Vorlesungen, Praktika und Examensarbeit vorgesehen. Das bedeutet zum einen einen enormen Zeit- und Leistungsdruck (die Prüfungsanforderungen sind ja gleich geblieben), zum anderen durch die totale Streichung hauptsächlich der Groß-Praktika, in denen viel praktisch und selbstständig gearbeitet werden kann, eine Erziehung der Studenten zur Unselbstständigkeit und zur M



Hamburg-6, Schulterblatt 63 (U-Bahn Sternschanze)

empfehl:

Spezialitäten vom Grill, Salate
Backofengerichte
Griechische Weine, Haake-Beck v. Faß
zu volkstümlichen Preisen!
(z.B. Suvlaki, Siskebab m. Salat 4,-)

täglich geöffnet von 16.00-2.00

Unfähigkeit, gesellschaftlich relevante Probleme (z.B. des Umweltschutzes oder der Genetik) zu erkennen und an die Schüler weiterzugeben. D.H. die eigentlichen Leittragenden sind die Schüler, die aufgrund unqualifizierter Lehrer auch nicht in die Lage versetzt werden können, selbständiges Denken und Arbeiten zu erlernen. Denn wie soll ein Lehrer Erfahrungen und Kenntnisse weitergeben, die er nie selbst gemacht und erworben hat? Unterstützt wird der Leistungsdruck durch die Prüfungsanforderungen der LPO, in denen Klausuren vorgeschrieben sind. D.H. es ist nicht wichtig, Zusammenhänge zu begreifen, sondern sich abfragbares Faktenwissen einzupauken.

Es ist nur eine logische Konsequenz der imperialistischen Bildungspolitik dieses Staates, daß diese Einschränkung der Ausbildung zuerst und hauptsächlich die Masse der Schüler an den Haupt- und Realschulen treffen soll.

Außerdem werden durch das Vorgehen der Behörde zwei elementare Interessen der Studenten gegeneinander ausgespielt: nämlich des Interesse an einer qualifizierten Ausbildung und das an einem möglichst schnellen Studium (viele machen VR nicht zuletzt deswegen, um schnell fertig zu sein, auch aus materiellen Gründen). Letzteres ist auch dadurch besonders ausgeprägt, weil bei uns ein großer Stau vor der Aufnahme in die Praktika besteht. (Begrenzte Aufnahme nach Semesterzahl).

Der Fachbereich Biologie hat auf den Brief der Behörde hin einen Unterausschuß der Studienreformkommission eingesetzt, der den Studienplan erarbeiten soll. Nebenbei arbeitet dieser Ausschuß auf der Grundlage eines FBR-Beschlusses, der besagt, daß eine "wissenschaftliche Ausbildung nicht unter 60 Semesterwochenstunden" möglich ist. Eine "wissenschaftliche Ausbildung" aber wird in der LPO gefordert. Da allerdings zu erwarten ist, daß die Behörde sich darauf nicht einlassen wird, steht das dicke Ende noch bevor. Dann nämlich wenn der Entwurf des Studienreformausschusses (in dem teilweise auch fortschrittliche Inhalte sind) abgelehnt und auf die Verkürzung der Ausbildung (vorgeschriebene SWS-Zahl) verwiesen werden wird. Vom

FBR ist nicht zu erwarten, daß er konsequent an seiner Forderung, daß die "wissenschaftliche Ausbildung" festhalten wird.

Es ist deshalb jetzt unsere Hauptaufgabe, uns auf das, was dann auf uns zukommen wird, vorzubereiten, uns klarzuwerden über das, was mit der LPO bezweckt werden soll und so geschlossen wie möglich gegen ihre Durchsetzung vorzugehen.

Bisher haben wir dazu nicht zuletzt wegen unserer unzureichenden Zusammensetzung nur sehr wenig beitragen können (die Gruppe besteht aus 7 VR-Studenten, von denen 5 nicht mehr lange mitmachen können, 1 HL- und 2 Diplom-Studenten). Wir hatten uns bisher hauptsächlich an die Leute gewandt, die schon in höheren Semestern waren, die sich allerdings gerade deswegen nicht mehr für die neue LPO, die sie ja gar nicht betrifft, interessieren. Ein wichtiger Punkt wird es deshalb sein, zum einen die VR-Studenten an unserem Fachbereich über die Vorgänge zu informieren und mit ihnen über das weitere Vorgehen zu diskutieren. Wir müssen uns dabei darüber im Klaren sein, daß wir über den Ausschuß gegen die LPO mit Sicherheit nichts ausrichten werden, sondern daß die Lehrerstudenten selbst für ihr Interesse eintreten müssen. Dabei ist auch wichtig, daß wir für eine einheitliche Lehrerausbildung eintreten, und uns nicht in Schmalspalten lassen. Wir müssen Wert darauf legen, daß einerseits Charakter und Zielsetzung der LPO klarer werden und andererseits die Bedeutung und Auswirkungen der LPO für den Einzelnen diskutieren.

Ein konkreter Schritt in dieser Richtung wäre z.B. die Diskussion in Praktika und Seminaren, auf der aufbauend es dann möglich wäre weitergehende Veranstaltungen (z.B. mit OSR Wölk von der Schulbehörde) zu planen. Wir können außerdem bei der Beschlußfassung über den Studienplan (Beim FBR) durch die Entschlossenheit der Studenten ausdrücken, daß wir die 35 SWS nicht akzeptieren und daß wir an der Ausarbeitung eines Studienplans dieser Art nicht mitarbeiten werden.

Wichtig ist, daß, nicht eine kleine Gruppe von außen die Dinge plant und durchführt, sondern daß die VR-Studenten (und auch HL-) selbst dis-

kutieren und vorgehen. Wir können allerdings nur dann etwas erreichen, wenn wir nicht vereinzelt am FB Biologie uns zusammenschließen, sondern indem wir über den FSR-PI unser Vorgehen auch mit anderen Bereichen koordinieren.

Eine weitreichendere Perspektive für

unsere Arbeit liegt auch in der Zusammenarbeit z.B. mit den Altonaer Eltern und Elternräten, deren Kinder die LPO ganz konkret zu spüren kriegen werden.

—Kommilitonen aus der VR-Gruppe—
—Biologie

Keine Schulversuche an Gymnasien mehr ?

Im Rahmen eines Didaktik-Seminars, das sich mit Gruppenarbeit im Englischunterricht befaßt, sollten die theoretischen Arbeitsergebnisse an Schülergruppen in Gymnasien überprüft werden. Bei dem Versuch, Schulen für die praktische Durchführung zu finden, wurden unsere Anfragen teilweise abschlägig beantwortet, andererseits positive Antworten später wieder rückgängig gemacht unter Berufung auf einen Erlaß der Schulbehörde, der die selbständige Durchführung von Schulversuchen verbietet.

Dieser liegt zwar weder uns noch dem Fachbereich schriftlich vor, wurde aber im Gespräch Herrn Dr. Köhrings mit Oberschulrat Brüggemann bestätigt.

Da die Tatsache, daß die Universität offiziell nicht von dieser Neuregelung in Kenntnis gesetzt wurde, ihre Auswirkung nicht schmälert(s.o.), wurde von Seiten der Köhring-Seminars ein Antrag auf Behandlung im FBR gestellt.

Unserer Meinung nach muß es das gemeinsame Interesse von Studenten und Dozenten sein, eine derart einschneidende Beschränkung des ohnehin praxisfernen Studiums der Lehrerstudenten zu bekämpfen. Dr. Köhring seinerseits unterrichtete den FBR

in einem Brief, so daß der FBR informiert ist und ein Gespräch mit Herrn Brüggemann ansteht.

Es müssen in kürzester Zeit Maßnahmen ergriffen werden, da die praxisbezogenen Didaktikveranstaltungen aller HL-Studenten betroffen sind. Deswegen haben die Teilnehmer der Köhring-Seminars spontan die Initiative ergriffen und werden sich auch weiterhin gegen diesen Erlaß einsetzen.

- TOP in der nächsten FBR-Sitzung: das Verbot der selbständig von Studenten durchgeführten Schulversuche.
- die Einschränkung des Praxisbezuges im Studium bedeutet eine weitere Verschlechterung unserer Studienbedingungen
- unterstützt die Initiative des Köhring-Seminars (Kontakt-Adressen)
- berichtet über Euch bekannt gewordene Verbote!
- macht Vorschläge zum weiteren Vorgehen!

Kontaktadressen: Gisela Weigert, 2 HH 13, Rothebaumchaussee 83, 44 59 78
Peter Mohrmann, 2 HH 1, Spaldingstr. 49 49, 244601.

—Teilnehmer des —
—Köhring-Seminars

arbeiterbuch

Politische Buchhandlung

2 Hamburg 13 · Grindelhof 45 · Telefon 45 38 01



HIER einige Titel unserer Abteilung.....

Pädagogik

Baethge: Ausbildung und Herrschaft.....
("Unternehmer"interessen in der Bildungspolitik)
Erziehung und Klassenkampf.....
5/6'72:Kampf der polit.Disziplinierung d.Lehrer
Hilligen: Sehen, beurteilen, handeln 7/10.....
(Arbeits-u. Lesebuch zur politischen Bildung)
Berufsverbote.....
(Analyse d. Sozialistischen Studenten-Bundes)
Dokumentationen und Informationsblätter vom
Kampf an Hamburger Schulen